

# Schnelle Absage auf Dringlichkeitsantrag

**Zukunft offen:** Keine Landesmittel für Kita Fontanestraße. Bedauern über Info-Panne

■ **Paderborn.** Aus dem geplanten Ausbau der Kindertagesstätte in der Fontanestraße mitsamt der Errichtung eines Quartiersbüros und eines Raumes für Begegnungen wird nun doch zunächst nichts. Trotz ihres im Eitempo durch alle Ratsgremien gebrachten Dringlichkeitsantrages bekam die Stadt bereits gestern Vormittag eine ablehnende Mitteilung des Städtebauministeriums. Sie teilte daraufhin mit, dass sich die Gremien der Stadt erneut mit dem Projekt beschäftigen werden.

Unterdessen hatte die Nachbarschaftsinitiative Paderborn-Ost sich darüber beklagt, seitens der Stadt nicht in die Planungen einbezogen worden zu sein (wir berichteten). „Ich finde es sehr bedauerlich, dass anscheinend mit dem Verein Nachbarschaft Paderborn-Ost nicht ausreichend oder gar nicht kommuniziert worden ist, da das bürgerschaftliche Engagement aller Quartiersinitiativen für die jeweilige Quartiersentwicklung unverzichtbar ist.“ Mit diesen Worten nahm gestern Sozialdezernent Wolfgang Walter Stellung.

Am Montag noch hatte auch CDU-Ratsherr Wolfgang Glunz auf den Offenen Brief des Vereins ein Kommunikationsdefizit der Verwaltung der

Stadt Paderborn nicht nur gegenüber dem Verein, sondern auch gegenüber der Politik beklagt. Vor diesem Hintergrund hatte Glunz beantragt, die Thematik auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Sozialausschusses zu setzen. Glunz: „Grundsätzlich ist die Absage jetzt eine schlechte Nachricht. Auch für das Quartier, weil es dort einen Bedarf an Kita-Plätzen gibt. Denn wie es mit dem Projekt zumindest zeitlich weitergeht, ist jetzt wieder völlig offen.“ Er zeigte gestern in einer Pressemitteilung Verständnis für die Stadt, dass diese grundsätzlich alle Optionen zur Förderung mit Landesmitteln prüfen und angehen müsse. Der Unionspolitiker zeigte sich sicher, dass die Verwaltung mit anderer Kommunikation auch beim Verein „Nachbarschaft Paderborn-Ost“ Unterstützung erfahren hätte und Bedenken hinsichtlich „einer parallelen Stadtteilarbeit“ hätte ausräumen können. Er werde seinen Antrag zum Sozialausschuss aufrechterhalten. Glunz: „Bis zum 12. Mai ist ausreichend Zeit. Bis dahin kann die Verwaltung ihre Vorschläge zu einer besseren Verzahnung von städtischer und privater/ehrenamtlicher Arbeit in den Quartieren vorbereiten.“